



## Beschluss

### Kinderarmut bekämpfen und Folgen von Kinderarmut mildern

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in der **83. Sitzung** zu **Drucksache 7/5082** folgenden Beschluss gefasst:

1. Die Landesregierung ist gebeten, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Kindergeld und Taschengeld inklusive der Einnahmen aus sogenannten „Ferienjobs“ nicht auf die Regelsätze von Kindern und Jugendlichen angerechnet werden.
2. Die Landesregierung ist gebeten, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine Änderung des SGB VIII anzustreben, damit Kinder, Jugendliche und junge Volljährige nicht mehr wie im bisherigen Umfang zu Kostenbeiträgen für stationäre, teilstationäre und vorläufige Maßnahmen der Jugendhilfe in Anspruch genommen werden.
3. Die Landesregierung ist aufgefordert, im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten.

Gabriele Brakebusch  
Präsidentin